

**Erscheint täglich**  
mittags mit Ausnahme der  
Sonn- und Feiertage.

**Abonnementpreis**  
monatlich 50 J., 1/2jährlich 1.50 J.  
jährlich 3.00 J. für den  
Postbezogen 1.65 J.

„Die Neue Welt“  
(Anschaltungsbeilage) durch  
die Post nicht bezugsbar. Liefert  
monatlich 10 J., 1/2jährlich 30 J.

# Volkswacht

**Sozialdemokratisches Organ**

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Raumburg-Weißenfels-Zeitz,  
Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1047.

Redaktion und Expedition: Geiststraße 21, erster Hof parterre rechts.

Telegraphische Adresse: Volkswacht Halle/Saale.

**Interimsgebühren**  
betragt für die Expeditions-  
betriebe über deren Raum  
15 J. für Wohnungs-  
Bereins- und Vereinsangehörige  
angehen 10 J.  
Im rechnerischen Falle  
trotzt die Seite 50 J.

Interate für die fälligen  
Nummern werden jährlich 100  
bortmütig 1/10 Uhr in der  
Expedition aufgegeben sein

Eintragen in die Post-  
zeitungsliste unter Nr. 7588

Telephon Nr. 1047.

Nr. 151.

Freitag den 2. Juli 1897.

8. Jahrg.

## Das Ausnahmegesetz im Herrenhaus.

Das Herrenhaus hat, wie vorauszusetzen war, mit großer Mehrheit den Antrage seiner Kommission zugestimmt und die Vereinigung des Gesetzes zu einem preussischen Sozialistengesetz angeschlossen.

Es hat sich dadurch wieder einmal als die „treueste Stütze“ der Regierung in Zeiten der Not erwiesen, es hat gezeigt, daß es weder so „unvorsichtig“ ist, wie der Reichstag, der seiner Zeit die „Unsturzvorlage“ verwarf, noch so „energisch“, wie das Abgeordnetenhaus, das nur etwas Halbes geschloffen, sondern daß es „mit fester Hand“ zuzugreifen und der bösen Sozialdemokratie den Garaus zu machen versteht.

Nicht das Herrenhaus hat sich der Regierung, sondern die Regierung hat sich dem Herrenhause gefügt. Diese weisen Gesetze über, errichten keine Arbeit, wenn sie nicht sicher sind, daß sich ein Abnehmer dafür findet, und so stellen sie unter Führung des Königs Summ die Bedingung auf, die Unterzeichnung solle vor weiteren Verhandlungen erfolgen, ob sie gewollt sei, aller Erstes gegen die Umsturzbestrebungen vorzugehen, und ob sie die Vorlage, wie sie sich jetzt gestalten würde, annehmen und vor dem andern Hanie vortreten wolle. Und die Regierung hat ihnen den Gefallen. Allzu schwer wird es ja Herrn v. b. Rede nicht geworden sein, die verlangte Erklärung abzugeben, mit der er im Abgeordnetenhaus so lange zurückgehalten hat. Denn warum sollte er, der sich sonst in jeder Beziehung den wozum Buntamer zum Maßstab gewonnener nicht, gerade in diesem einen Punkte seinem großen Vorbilde nicht nachzusehen streben?

Und welchen Grund hat denn die Regierung gehabt, daß sie so plötzlich über den Stod getrieben ist? Koch vor acht Tagen beantragte der Minister des Innern, es sei bedenklich, den Weg der Ausnahmegesetzgebung zu beschreiten, und auch heute wieder bezeichnete er ein Ausnahmegesetz nicht als das Ideal, das der Regierung vor Augen schwebt. Wenn sich die Regierung trotzdem dem Willen des Herrenhauses fügt und auf die unzulässige, auf einer ganz anderen Grund lage basierte Vorlage verzichtet, so sollte man annehmen, daß nur zwingende Gründe sie dazu veranlassen haben können. Weit gefehlt! Spekulationsgründe, Opportunistische Bedenken, der Wunsch, es möge wenigstens etwas zu stande kommen, damit die Aktion nicht ganz im Sande verläuft, sie sind es, von denen sich die Regierung leiten läßt. Und das will eine starke, zielbewusste Regierung sein, die auf den Umarm einer Nationalliberalen spekuliert! Was ist das für eine Staatslenkung, die ein so wichtiges, auf unabsehbar Zeit maßgebendes Gesetz darauf gründen will, daß einige Wohlwörter weiterwärtig werden! Welch trauriger Anblick einer Regierung, welche mit solchen Mitteln Politik treibt!

Wenn auch die gestrigen Debatten des Herrenhauses nichts Neues boten, so ist es doch interessant, aus ihnen die politische Mündigkeit dieses Parlaments zu entnehmen. Die abgeordneten Mitglieder werden hier mit Freuden begrüßt, das höchste Zeugnis wird für sie genommen, ja man geht nicht zu weit in der Behauptung, daß der bei den einzelnen Rednern gesehene Beifall im ungleichen Verhältnis zu der von ihnen vertriebenen Wichtigkeit steht. Wenn deshalb Freiherr v. Mantuffel, der gestern den Vogel abschloß, sich des Beifalls seiner Staudesgenossen freuen will, so mag er es thun; das Volk wird über ihn lachen. Dals alte Märchen, daß Unterdrückungsgesetze nicht gegen das Volk, sondern für das Volk gemacht werden, um die friedlichen und harmonischen Bürger davor zu bewahren, daß ihnen das „sozialdemokratische Gift“ eingeimpft wird, findet höchstens noch im preussischen Herrenhause ein gläubiges Publikum.

Ging doch sogar aus den Reden mehrerer der hohen Herren unzweifelhaft hervor, daß sich das Gesetz nicht gegen die Sozialdemokratie allein, sondern gegen alle Lebensbewegungen richten sollte. Darin liegt die große Gefahr, und das weiß das Herrenhaus ebenbürtig wie die Regierung, denn nicht auf den Vorlaut des Gesetzes kommt es an, sondern auf seine Anwendung in der Praxis.

Bei einer solchen Einmütigkeit für das Gesetz hätten die Regierungsvorleger nicht nötig, dasselbe zu verteidigen. Die Reden der Oberbürgermeister Benders-Breslau und Weißfeld-Brandenburg, die für strikte Abweisung der Vorlage sprachen, hielten die Minister einer Widerlegung nicht für würdig. Nur einmal griff der Justizminister Schönfeld in die Debatte ein, um das vom verfassungswidrigen Verfahren der Regierung mit deren Redensarten zu rechtfertigen. Was braucht sich eine Regierung auch an Formalitäten zu halten, wenn es darauf ankommt, die Rechte des Volkes zu vernichten!

Die Annahme des grundlegenden § 1 erfolgte mit 128 gegen 22 Stimmen. Am 22. Juli wird das Haus durch schmale Mehrheit seinen Beschluß bestätigen und wenige Tage darauf wird die Regierung versuchen, ob das Herrenhaus seinen Widerstand aufgeben hat. Inzwischen

wird zweifellos ein starker Druck auf die nationalliberale Partei geübt werden, auf deren Umarm stark gerechnet wird. Ob mit Recht oder Unrecht, wird die Zukunft lehren.

Das Ausnahmegesetz ist beschloffen. Selbst das Abgeordnetenhaus, das Ergebnis des jämmerlichsten der Wahl-systeme, konnte sich nicht zu einem solchen Schandgesetz entschließen. Dem Herrenhaus blieb diese That vorbehalten. Eine Körperlichkeit, die mit dem Rufe feierlich Verklärung hat, die aus den einzigen Reigen des Feudalismus und der hohen Barockkranke rekrutiert, will des Volkes Grundrechte verachten.

Mag daraus aus der lex Rede werden, was da will, — die Folge erwächst sicherlich aus diesen Kämpfen, daß dem Volke Preussens zum Bewußtsein kommt, unter welcher vorsinnlichen Verfassungszuständen es lebt!

Und mit dieser Folge des reaktionären Verhaltens der Regierung und des Herrenhauses darf unsere Partei durchaus zufrieden sein!

## Tagesgeschichte.

**Keine Dänen, kein Schutz des Wahlheimnisses.** Der Bundestag hat die mit erdrückender Mehrheit vom Reichstage angenommenen Anträge auf Zahlung von Dänen an die Reichstagsbevollmächtigten und auf Einführung der Konventionen befristet Sicherung des Wahlheimnisses abgelehnt. Die hochbetagten Herren Bundesvertreter, die Abgeordneten der erstauflägen Dänischen deutschen Bundesfürsten verweigern den Erwählten des Volkes die notwendige Entschädigung für die großen persönlichen Opfer, welche sie in diesem des öffentlichen Wohles darbringen. Das Volk ist gern bereit, seinen Vertretern Dänen zu gewähren, und das Volk hat die erforderliche Summe aus seiner eigenen Tasche zu zahlen. Die Vertreter hoher Tagelöhner aber, über deren Vorwichtigkeit und Höhe die Meinungen im Volk: mindestens sehr geteilt sind, gestatten dem Volke nicht, die Ausgaben zu machen, die ihm höchst notwendig erscheinen. Das Volk will nicht; der Reichstag, die Vertretung des Volkes, beschließt wieder und wieder, wohl ein zweitesmal. Der Bundestag jedoch geht unbeeinträchtigt über alle diese Wünsche und Beschlüsse hinweg! — Und da lauzene er nur noch, daß die Konstitution etwas anderes sei, als nur das Freigenblatt für die absolutistische Reaktion.

**Das verfassungswidrige Verfahren** in der Verhandlung der preussischen Vereinigungsgesetze verurteilt die Nordd. Allgem. Ztg. zu verteidigen. Sie scheint sich nicht zu diesem Zweck gegen den bedeutendsten deutschen Staatsrechtslehrer, von Köhne, aus dem offiziellen Reichszettel die dreifache Verdächtigung nachzubringen, daß v. Köhne „sich früher (nach 1867) zu erheblicher Modifikation seiner ursprünglichen Meinung veranlaßt sah.“ Diese Behauptung der Nordd. Allgem. Ztg. ist vollständig aus der Luft gegriffen. v. Köhne hat noch in seiner letzten Auflage des Staatsrechts (Handb., Seite 88) den jetzt eingeschlagenen Weg der Verfassungsänderung als eine „offensbare Verletzung der Verfassung und eine ungescheitete Fortsetzung“ verurteilt und klar nachgewiesen: „Wohle Kühlstücken und Zweckmäßigkeitsrücksichten vermögen nicht den klaren Rechtsstandpunkt zu verdrängen.“ Es gehört demnach mehr als der gewöhnliche Grad offizieller Verschleierung dazu, dem bedeutendsten Staatsrechtslehrer Deutschlands ins Grab nachzugehen, er habe den Standpunkt v. vertreten, ein Gesetz dürfe der Verfassung widersprechen, wenn es nur in 21-jährigen Intervallen beschloffen ist. Das jetzige Verfahren des Junterparlamentes ist ein leichtfertiges Spiel mit der Verfassung. Die Junter und Juntergesetze seien jetzt klar, daß sie es sind, die weder Gesetz noch Verfassung achten.

**Die Gutachtenheit geht in die Brüche.** Wie selbst die zahllose Köln. Ztg. jüngst durch ihren Artikel Ein Klarmisch alle patriotisch gesinnten Männer auf-forderte, zum einheitlichen Kampfe gegen das freche Juntertum sich zusammenzuschließen, und wie selbst sie, die alte berühmte Wetterfahne, der Regierung die bittersten Grobheiten sagte wegen des Verhaltens in Sachen des Vereins-gesetzes, das „unter der Enttarnung und dem Hohnschlächter des Landes durch die schwülen Sommermonate des Hochsommers gehegt werden solle.“ so schlafen auch andere „liberale“ Blätter, an denen längst kein Funken von wirklichem Liberalismus mehr zu erkennen war, der Regierung gegenüber einen sehr scharfen Ton an. Hierzu gehört die Münchener Allg. Zeitung. Sie hält es für verhängnisvoll, daß dem Herrenhause das letzte Wort beim Vereins-gesetz eingeräumt ist, das Juntertum schädige durch sein wildes Auftreten die tonerwärtigen Interessen im Reich, dem Juntertum gegenüber müsse selbst der Kampf gegen Zentrum und Sozialdemokratie zurückgetreten; ein erschreckend harter Zug nach links mache sich überall bemerkbar, die Regierung fördere den Stabfaktismus,

die schöpfe unaufhörlich neues Wasser auf die Mühlen der Demokratie u. s. w. — Wie schwer müssen die Fehler der Regierung gemein sein, daß selbst Blätter, die ihr jederzeit treu ergeben waren, solche Sprache führen. Die Sozialdemokratie hat eben „Schweigegeld“, wie jener Zentrumsmann sehr richtig sagt.

**Herr v. b. Rede und seine Innenverwandten** werden ihre Helle Freude haben, wenn sie sehen, wie in Sachen mit dem Vereinsrecht der Staatsbürger umgegrungen wird.

In Chemnitz wird seit Jahren jeder Versuch der sozialdemokratischen Arbeiter, einen Verein zu gründen, systematisch unterdrückt. Die Arbeiter mögen aufbauen was sie wollen, die Polizeibehörde zerstört alle organisatorische Mitbewegung mit einem schnellen Federstrich. Die sozialdemokratische Partei wurde aufgelöst; sozialdemokratische Parteiveranstaltungen durften und dürfen nicht stattfinden; das Gewerkschaftsstatut wurde verboten; der Metallarbeiter Verband verboten, die Arbeiter-Gesamtpartei aufgelöst u. s. w. Neuerdings haben die Chemnitzer Sozialdemokraten einen Agitationsverein gegründet, um eine Stütze zu haben, wo sie sich über auftauchende politische Fragen aussprechen können.

Und dieser Verein ist wiederum der Polizeimacht verfallen, weil er augenscheinlich den Zweck verfolgte, die Mitglieder zu Gesellschaftervereinigungen und unzulässigen Handlungen aufzufordern oder geneigt zu machen! Offenbar hat kein Mitglied des Vereins etwas Ungeheuerliches getan, aber die Behörde imputiert dem Verein jenen Zweck und auf diese eigenmächtige Imputation hin löst sie ihn auf.

Bequemer kann es die Polizei nicht haben, um die Sozialdemokratie wegzumähen. Das schändliche Vereinsgesetz ist ein Zwielicht.

Und so wünscht es Herr v. b. Rede auch für seine preussischen Polizeibienerei. So ist es nach dem Herzen der Herren v. Summ und v. Mantuffel, der Fabrikarone und der Landlords.

Aber der Erfolg? Ist die Sozialdemokratie in Chemnitz durch die unaufrichtigen Verbote und Auflösungen wirklich beseitigt worden? Ist nur ihr Fortschreiten dadurch irgend- wie gehindert oder verlangsamt worden?

Über ist das Gegenteil der Fall. Alle Wahlen der letzten Jahre haben gezeigt, daß die Sozialdemokratie in Chemnitz lebt und wächst.

Und ebenso wird, wenn das Chemnitzer Polizeimuster von Herrn v. b. Rede über ganz Preußen hin nachgemacht wird, die Sozialdemokratie Preussens weiter leben und weiter wachsen!

**Heber die „Hintermänner“** m. ist die nationalliberale National-Zeitung eine vielsagende Bemerkung. Sie hebt mit Recht hervor, daß der Minister Dr. v. Walldorf und die gleichzeitige Verlesung Lauchis im Amt ein „schimmeres Schlaglicht auf unsere inneren politischen Verhältnisse“ werfe, und sagt hierzu:

„Ein um so schlimmeres Schlaglicht, da diejenige „Ergebnisse der Voruntersuchung gegen Lauch, welche, weil für die Anklagepunkte nicht wesentlich (1), in der Hauptverhandlung nicht vorgebracht wurden gleichwohl in seinem „weg- engen Arrêtien bekannt sind.“

„Das eine ist sicher,“ lautet Oberstaatsanwalt Dreß, „er mit gehobener Stimme im Laufe des Prozesses, „die Verhandlungen“ haben zur Gemüthsruhe gemacht, daß Lauch Hintermänner nicht gehabt hat.“

**Zeit ist's heraus,** warum Johannes v. Wiquel nichts mehr vom Bizekanzlerbeissen wissen will, wie ihm also in die Suppe gepudert hat. Wiquel nam die Würde als Bizekanzler an in der Voraussetzung, daß er nach Höflichkeit selbst Kanzler würde. Daran wird aber nichts, denn er läßt erklären, er würde zwar die Stelle angenommen haben, wenn er mit einem ihm bekannten, gleichfalls in höherem Lebensalter stehenden Kanzler noch für längere Zeit zu thun habe, aber nicht, wenn er sich auf einen dem nächstigen neuen „verhältnismäßig jungen Reichskanzler“ gesattelt zu machen hat. — Wer mag wohl als der junge Reichskanzler in Sicht sein? Vielleicht Müller, vielleicht Schulz, vielleicht Herbert Wisnack, vielleicht ein anderer, vielleicht — Herr v. Bülow.

**Ein Reichsschatzsekretär wird gesucht.** Der gegenwärtige Schatzsekretär Graf Woladowstch ist bekanntlich zum Nachfolger des Herrn v. Büttcher bestimmt. Dr. böhische Finanzminister Dr. Budenberger hat das ihm angebotene Reichsschatzamt abgelehnt. Es ist bedauerlich, wenn auch verständig, so bemerkt die Köln. Ztg. dazu, daß dieser bedeutende Mann sich nicht hat entschließen können, in den Reichsdienst an wichtiger Stelle einzutreten. Die Köln. Ztg. findet es also verständlich, daß bedeutende Männer sich zu der Reichsregierung in ihrer gegenwärtigen Zusammenlegung nicht hingezogen fühlen. Wer magen dies nicht zu betreiben. Der neue Reichsschatzsekretär wird mehr auf hohes Gehalt als auf die Behandlung setzen müssen. In ersterer Beziehung ist ja auch bestimmt in Aussicht genommen, das Gehalt des

**Reichsgeldstrahl**, welches bisher 24 000 R. betrug, auf 30 000 R. zu erhöhen.  
**Auch ein Befähigungsnachweis.** Daß sich der Zarenoffizier v. Bobbielt am besten als Nachfolger des Herrn v. Stephan eignet, sucht die Post damit zu beweisen, daß sie herverheißt, sein Vater sei ein Kavalleriegeneral gewesen, habe aber trotzdem einen der besten Generalmajore der Feldartillerie abgegeben. So dürfte man annehmen, daß der Sohn als ehrender Zarenoffizier auch ein vorzüglicher Staatssekretär für das Postfach sein würde. Offensichtlich wird man auch Her zuher, und ein anderer, der sich im Postfach bewährt hat, zum Ministergeneral ernannt.  
**Chiffre als Vorbild.** Der Kammer-Kourier erinnert daran, daß 1865, als der verlorene Generalpostdirektor v. Rüdiger durch einen Major ersetzt wurde, dieser letztere das schwarze Cabinet einrichtete. Er warnt man gleiches vom Herrn v. Bobbielt?  
**Wegen Kaiserbefehligung** wurde am Mittwoch in Berlin der Dienstnach Richard Vorn zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

**Inseln.**

**Spanien.** Die spanische Graufameit hat sich bei dem Anarchistenprozeß von Barcelona einen furchtbaren Ruf verschafft. Den Nachrichten darüber reiht sich eine Mitteilung in der Pariser „Nouvelle Blanche“ an, die die Lage der deportierten Kubaner im Bagno in Ceuta an der afrikanischen Küste schildert. Jabloske Kubaner wurden von der spanischen Regierung dorthin geschickt; etwa 250 davon sind sogenannte Verbrecher, d. h. Injuranten; viele andere wurden einfach unter geringfährigen Vorwänden deportiert, damit sie die Zahl der Aufständischen nicht vermehren. Diese Galerienknäuel, die zum Teil den angesehensten Familien von Cuba angehören, sehen fast unbedeutend umher, ihre Bekleidung und ihr Schutzhelm sind unterwegs zu Grunde gegangen, man giebt ihnen in Ceuta aber nicht einmal die vorchriftsmäßige Straflingskraft. Sie sind der Willkür ihrer Vorgesetzten rettungslos preisgegeben und werden oft ohne alle Ursache mißhandelt; das kleinste Vergehen wird auf das graumütig bestraft. Inner den Gefangenen befinden sich auch viele Verdammte, denen aber keinerlei Pflege zu teil wird. Der einzige bittige Arzt höhnt und mißhandelt die Kranken. „Ich begreife nicht, wie Sie zu mir kommen können“, sagt er ihnen ironisch. „Wissen Sie denn nicht, daß man Sie verurteilt, um den Tod zu finden?“  
 Spanien zählt sich ja auch zu den zivilisierten Staaten!

**Zeitliches und Gerichtliches.**

§ In Waggdenburg wurde ein Parteigenosse aus vom Landgericht durch Vermoerung seiner Verurteilung verurteilt, weil er in einem bunten Handtuch verteilt hatte. Da das Kammergericht entschieden hat, daß ein Handtuch nicht als öffentlicher Ort angesehen ist, muß das Urteil aufgehoben werden.  
 § Zu 3 und 4 Wochen Gefängnis wurden in Dresden die Fuchselgeringer Ober und Oese verurteilt, weil sie einen „Arbeitswärtler“ Straßendienst gemacht hatten.  
 § Die Konsumvereins-Vereinerung wurde in Sachsen weiter fortgeschritten. In der Sitzung des Kreisauschusses wurde am Dienstag, wenn auch nicht unvorbereitet, die Erhebung einer Prozentigen Umlage für den Konsumvereins in Burg- und Waldheim beschlossen.  
 § In Graßhauer mehrere Vordemher beim Kaiserlichen Kreisamt Stadtkommissar auf je 2 Mk. zugewandt unter der gleichzeitigen Begründung, sie hätten sich „... obgleich das wiederholte Stehenbleiben, Hin- und Hergehen auf den Straßen und Bürgersteigen verboten ist, in der Zeit vom 20. bis 24. d. Mts. in der Nähe der dort verlassenen Arbeit unangehörig in der De-Smitzka umhergehen und Friedlichhalten aufgehoben.“ Setzt man sich denn der Polizei etwas an, so jemand sich „nützlich oder unnützlich“ auf der Straße aufhält?

**Parteiintrigen.**

Eine eigenartige Vasilje. Jubiläumfeier wurde am Sonntag in Weidenfeld in Dittmarschen begangen. Man sprach darüber, die Welt erstrahle sich ganz besonders der herrlichen Ueberradung. Weiterhin liegt an der Erde und ist ein schändes Verbrechen, dessen Einwohnerviertel größtenteils in guten Verhältnissen steht. Hier hat der Gedanke des Sozialismus nützlich Eingang gefunden. Schon vor 25 Jahren gab es dort eine größere Anzahl von Personen, die als Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins nützlich wirkten, für die große Bekehrungsarbeit des Arbeitervereins agitierten. Der Name Vasilje war damals in aller Munde. Was Wunder, daß nach dieser Name zur Benennung von verschiedenen Vereinen politischer und sozialer

**Helen.**

*Novon in drei Büchern von Minna Raupf.*

(Schaddruck verboten.)

Sie sah zum Fenster; der Lauf war gegen die Stuhllehre zurückgefallen, die Augen hatte sie halb geschlossen und ein kompromittiertes Schlundchen erhellte ihre Wut.  
 „Sophia Alexandrowna, was ist Ihnen“, rief Oskar und ergriff ihre Hand, die auf der Armlehne des Stuhls ruhte.  
 „Er läßt, wie Sie wissen, und selbst bemerkt, brühte er sie seit in der letzten. Aber der Kampf durch die furchtbarsten Ueberreizung ihrer Nervensysteme, so doch, dachte, sollte nicht werden. So tapfer sie sich gegen die Bewegung hatte, hier war sie machtlos.“  
 „Ich begreife es, daß Sie hier überleben müssen, mich so plötzlich vor sich zu sehen“, sagte er leise.  
 „Sie nicht, sprechen konnte sie nicht, und sah ihn an mit durch Zähnen so richtiger Augen, aber sie sah sie ihn um Vergebung ihrer Schwäche.“  
 „Er lachert.“  
 „Ich war nicht unvorbereitet auf dieses Wiedersehen, Sophia Alexandrowna, ich wußte Sie hier, aber als ich ihn so plötzlich gegenüberband hatte auch ich Wunde, mich zu lassen.“  
 „Sie versuchte zu lächeln, mehrere große Zeichen, die sie langen Lippen nicht länger zurückhalten, langsam über ihre Wangen rollten, und sagte leise:  
 „Die Freude, Sie wiederzusehen, — war so groß — so — ich mußte mich zur äußeren — Ruhe zwingen — um in diesem Moment eine solche Ruhe zu lassen.“  
 „Die ich die Hand vor die Augen, wie ich unter erstarrter Scham.“  
 „Ich begreife nicht, wie ich es habe thun können — ich begreife es nicht — begreife es nicht!“  
 „Er zog die Augenlider an sich, die Haupt ruhte an seinem Herzen, und indem er sich über sie beugte, flüchte er die, aber geborene Worte, die vor sich niederhielten.“  
 „Aber Sophia, es ist doch so angehen, wir haben zu gut zu sammen gearbeitet — zu wider — wie alle Amerikaner, vor haben alle Ursache, zufrieden zu sein.“  
 „Ich bin es auch“, sagte sie und rief sich auf.  
 „Ich muß mich nicht immer gleichmäßigem Klagen, sie sagte hier in dem Saal, mit der Hand über die Stirn, als wolle sie bismitteligen, was sich an ihren Beinen und gerate

Natur gewählt wurde. Der Schiffer Hans Knoopmann, der sich ein neues Schiff erbauen ließ, wählte den Namen „Kassala“ für dieses. Damals, es war am 2. Juni 1872, war mit der Lauff des Schiffes eine große Feier verbunden, zu welcher Genossen aus Hamburg und aus dem Hochpfeifen erschienen waren. In dießes Emen wurde es erklärt, daß bei der Lauff mehrere Taufjungfern ins Wasser ließen. Was man bestreitet, trat aber zum Glück nicht ein. Hans Knoopmann lebt heute noch und ist noch immer ein eifriges Mitglied unserer Partei. Obgleich befindet sich sein Schiff „Kassala“ noch im jetzigen Stadium, obwohl es mit einem Häher manchen durchgegangen, am Sonntag nun waren wieder hunderte Genossen mit ihren Frauen, Töchtern u. s. m. aus Hamburg-Altona, Elmhorn, Wilmshaus, Jähebe, Aegerdorf, Wilfer und vielen anderen Orten in Weidenfeld erschienen, um den 25jährigen Geburtstag des genannten Schiffes zu feiern. Aber an der Feier vom 1872 teilgenommen hat bei der Jubiläumfeier zugegen war, der wurde sofort inne, daß die Weibliche zwar Fortschritt gemacht hat, nicht aber zum Guten. Damals wurde die Feier in keiner Weise geübt und Auszeichnungen waren selbstverständlich nicht zu verzeichnen. Jetzt aber waren 6 Genossen nach Weidenfeld beordert. Von überbringer hat die Weibliche die Fähigkeit, sich nicht abhalten lassen wollen und nur unter der Weiblichkeit ist sie genehmigt worden, daß keine Neben gehalten und das unzulässige Jubiläumsschiff aus dem Gesichtskreis des Weidenfeld entfernt wurde. Legier ist nun nicht geblieben, weil das Jubiläumsschiff in eigenem Sinne die sich schließt, hatte auch nicht gewollt, weil die Weidenfeldern vom Weidenfeld nahm lebhaften Anteil an der Feier und hatte die Häuser und die im Hafen liegenden Schiffe reich besetzt.  
 — Das jährliche Blatt der „sozialdemokratischen Sozialdemokratie“ wird vom 1. Oktober 1897 an in Prag erscheinen und den Namen „Kamerad“ erhalten.  
 — In Wien liegt bei den Wahlen der Abgeordneten in der Arbeiter-Bezirkswahl, die sozialdemokratische Kandidatensliste mit 4043 Stimmen über die Liste der sogenannten Christlich-Sozialen, d. h. der vereinigten Antisemiten, die es nur auf 1117 Stimmen brachten.

**Jur Arbeiterbewegung.**

Der Weiberstreik bei Karl Schries in Wachen ist für die Arbeiter in der Hauptstadt hierher beendigt worden.

**Situationsbericht über den Bergarbeiterstreik.**

Die Grubenverwaltungen haben ihrer Ablehnung der bestehenden Forderungen der Bergarbeiter jetzt die Krone aufgesetzt. Am Dienstag kamen die Verwaltungen in Weidenfeld zusammen und am Mittwoch erließen die Verwaltungen Fische, Knoblauch und Salz und nicht gewollt, weil die Verwaltungen ihren Beamter der Gewerkschaft. Man will also diejenigen mehrregeln, die von ihren eigenen Kameraden mit zur Leitung der jetzigen Bewegung berufen sind. Und warum mehrregeln man diese Leute? Haben sie sich als sozialdemokratische Agitatoren herangebildet? Nein, und abermals Nein! Hier ist es die Bewegung, die von ihnen her geht, haben sich auch die Bergarbeiter jetzt dort gefannt, aber sonst niemand. Knoblauch und Weibhand sind seit 1892 nicht aufgetreten und haben sich auch bei der letzten Wahlbewegung nicht beteiligt. In Knoblauch, der unter seinen Kameraden großes Vertrauen genießt, hat sich erst nach vielen Drängen bewegen lassen, in der im Frühjahr 93 gegründeten Filiale des Bergarbeitervereins des Vorles als Vertrauensmann anzunehmen. Und auch jetzt, als die Bewegung unter den Arbeitern plötzlich erkrankte, als alle Bergarbeiter, ohne das von irgend einer Seite angegriffen zu werden, Forderungen stellten und, als Ablehnung derselben den Ausbruch traten, so waren es auch noch nicht die drei Genannten, die die Idee antrugen. In Weidenfeld in der großen Feiger Versammlung am 20. Juni war es Weibhand, der vom Streik dringend abriet und ihm schloß sich auch Knoblauch in seinen Ausführungen an. Weibhand hat sich sogar durch sein Abtraten den Unwillen und das Mißtrauen aller seiner Kameraden ausgesprochen und dies wurde erst bestätigt, als ein Jahr später, nachdem früher von seiner Mitarbeiter der bekannte Sachverhalt klar gelegt wurde. Auch in die eigentliche Streikbewegung wurden die drei Genannten nicht gleich gemacht als die in Leuchern erkannt wurde, sie kamen vielmehr erst in dieselbe, als auch die Grube „Bau“, auf welcher die drei genannten arbeiteten, streikten. Die drei Genannten sind aber nicht man ihnen vorerfien. Sie haben nicht zum Streik getreten, sie haben nicht den Ausbruch eingeleitet, sie haben nur die Arbeit mit niedergelegt, als die ganze Weidenfeld die Arbeit einstellte. Und erst dann wurden sie von ihren Arbeitern in die Leitung von Hand, die Weibhand zu ihrem verfahren bestimmte. Alle drei sind tüchtige, betriebsbereite, von denen selbst andere Blätter, als sozialdemokratische nur das beste mitleiden konnten. So schreibt der Reichsanwalt der Zeit in einem Artikel, in dem er die Bewegung behandelt, u. a.: „... Darum werden auch die Verhandlungen nicht von sozialdemokratischen Agitatoren, sondern von realistischen Arbeitern in Verstand und Verstand abgehandelt, deren Neben gerade durch die Wichtigkeit der Arbeit ins Fachheit, in der sie über ihre Lage sprachen, einen um so tieferen Eindruck machen.“ So dieser Reichsanwalt, der sich für die Arbeiter und ihre Sache ein höheres Zeits beibringt hat, als viele andere Reichsanwälte, gegenüber den Zeitungen. Und viele andere, die nicht in der Lage sind, die Arbeit mit niederlegen, die lang und mühsam werden sollen und das für sich selbst, was die Bergarbeiter in ihrer Gehamtheit zu erfahren trachten. Willkürlich auch denken die Grubenverwaltungen, durch die

Ich bin sehr zufrieden und ich bin glücklich, daß Sie zu mir in die Stadt kommen. Ich werde Ihnen alles erzählen, was ich weiß, und was mich sehr beschäftigt hat. Ich habe auch sehr viel zu erzählen, was ich Ihnen mitteilen möchte.  
 „Sag mir, wie es Ihnen geht.“  
 „Ich bin sehr zufrieden und ich bin glücklich.“  
 „Ich habe auch sehr viel zu erzählen, was ich Ihnen mitteilen möchte.“  
 „Sag mir, wie es Ihnen geht.“  
 „Ich bin sehr zufrieden und ich bin glücklich.“  
 „Ich habe auch sehr viel zu erzählen, was ich Ihnen mitteilen möchte.“  
 „Sag mir, wie es Ihnen geht.“

Maßregelung die übrigen Bergarbeiter hier zu machen, sie haben die Lauff angestreift, die die Maßregelung dort treffen muß. So hat v. K. Knoblauch Frau und 10 Kinder, also eine sehr große Familie. Aber es kann auch das Gegenteil eintreten, wenn die Verwaltungen erlassen. Weiter im Kampfe eine solche Maßregelung die Bergarbeiter zu machen, die sich aber in ihren Forderungen zu halten. Statt Entgegenkommen zu zeigen, hat den Weg der friedlichen Vereinbarung zu beschreiten, treffen die Verwaltungen Vorkehrungen, die jede friedliche Abmachung geradezu unmöglich machen. Ob die öffentliche Meinung auf Seite der Verwaltungen, oder der Bergarbeiter steht, das wird die nächste Zukunft ergeben.  
 Zwei große Versammlungen sollen zu diesem nächsten Vorgehen der Verwaltungen Stellung nehmen, die erste am Donnerstag nachmittags 3 Uhr in Leuchern, die zweite am Freitag nachmittags 3 Uhr in Wachen. In beiden Versammlungen wollen die Bergarbeiter Boten erheben.  
 Der Vorgesetzte des Verbandes, Reichstagsabgeordneter Müller, ist am Mittwoch wieder abgereist, er hat von der Maßregelung noch nichts erfahren.  
 Die in Weidenfeld beobachtete Verarmung konnte nicht stattfinden, da die Weidenfelder, falls in dem Verarmung fortstehen würde, das was möglich ist, aufzugeben. Zwei Herren sollen sie dazu veranlaßt haben, Weidenfeld nicht verlassen sein man.

Freitag, den 30. 6. 1897.  
 In der Versammlung am Dienstag handelte man über die Tagesordnung: 1. Der Stand des Streiks. Als Referent erhielt Kamerad Max Hirsch aus Weidenfeld das Wort, welcher nochmals die Forderungen erläuterte, wie sie jetzt gestellt sind und doch wieder von den Direktoren zurückgewiesen wurden, damit sie noch mehr geltend gemacht werden. Als die General-Konferenzkommission nicht fest auf ihnen. Wie schon bekannt war, soles am Montag den 28. Juni eine Verhandlung zwischen beiden Parteien stattfinden, welche aber von den Herren Generaldirektoren abgelehnt wurde, weil die Forderungen noch zu hoch wären. Es ist im dem Landrat v. Richter zum geheimtadel der Weidenfelder worden, er möge ja bald, wie möglich einen Termin ansetzen. Das ist auch vom Landrat zugehört worden. In der Diskussion erwähnte Kamerad Knoblauch nochmals die Anwesenheit zum Ausbaren des Streiks und auch die anwesenden Frauen wurden erwähnt, ihren Männern keine Vorwürfe zu machen und von ihnen zu verlangen, sie sollten auf Arbeit gehen, um ihren Kameraden in den Rücken zu fallen. Nach einem kräftigen Applaus, alle Kameraden sollten Schulter an Schulter im Kampfe stehen, wurde die Versammlung mit einem dreimaligen „Gut auf“ geschlossen.

**Arbeiter, Parteigenossen allerorten! Unterstützt die streikenden Bergarbeiter im Inter-Weidenfelder Kreise in ihrem schweren Kampfe gegen das Unternehmertum!**  
**Alle Sendungen für die streikenden Bergarbeiter sind zu richten an Eduard Becker, Grüner Baum in Leuchern.**

**Ziung der Gemeinde-Vertretung in Weidenfeld.**

Am 29. Juni 1897.  
 a) Der Vorstand. S. 1.  
 Punkt 1: Wahl der Mitglieder der Vereinigungskommission. Zu der aus sieben Mitgliedern bestehenden Vereinigungskommission werden folgende Herren wieder resp. neuabgewählt: Kuppel-Schmidmeißler S. 2, Richtermeister Großmann, Richtermeister S. 1, Richtermeister S. 1, Richtermeister S. 1, Richtermeister S. 1, Richtermeister S. 1, Richtermeister S. 1. Punkt 2: Strafen-Verwaltung. Die schon seit Jahren bestehende Strafenverwaltungsfrage wird in heutiger Sitzung ihrer endgültigen Regelung entgegengeführt. Von den acht eingegangenen Offerten — von denen vier Elektrifizationsgesellschaften und vier Gasgesellschaften empfohlen — wird die von Karl Franke in Weidenfeld unter der Bedingung der Elektrifizierung des Strafenwerks herbeigeführt. Die Strafenverwaltungsfrage wird in der nächsten Sitzung des Vorstandes am 1. Juli in der Gemeinde-Vertretung zur Verhandlung kommen. Punkt 3: Antrag auf Bewilligung eines Entschädigungsantrags. Von Seiten des Leiters der hiesigen Schulen ist der Antrag gestellt, an drei Lehrer je 30 Mk. Extrazuschlag für

Ich habe nun die Uebereinstimmung gewonnen, das sie nicht anders sein kann, als die ich habe. Ich habe nun die Uebereinstimmung gewonnen, das sie nicht anders sein kann, als die ich habe. Ich habe nun die Uebereinstimmung gewonnen, das sie nicht anders sein kann, als die ich habe.  
 „Ich habe nun die Uebereinstimmung gewonnen, das sie nicht anders sein kann, als die ich habe.“  
 „Ich habe nun die Uebereinstimmung gewonnen, das sie nicht anders sein kann, als die ich habe.“  
 „Ich habe nun die Uebereinstimmung gewonnen, das sie nicht anders sein kann, als die ich habe.“

Mehrleistungen zu zahlen. Die Versammlung beschließt, den Gewerbesteuer zu 20 % zu bewilligen. Ferner wurde in einer Sachverständigenabteilung einem Vergleich zugestimmt.

**Lokales und Provinzielles.**

**Calte a. C., 1. Juli 1897.**

**Das Gewerkefortschrittliche** hält seine nächste Sitzung nicht am morgenden Freitag sondern erst Freitag über acht Tage ab. Die Berlegung macht sich notwendig, um die Krantoffenanlegenheiten bis dahin zum Abschluss zu bringen. Gleichviel seien die Kommissionsmitglieder darauf aufmerksam gemacht, daß jeder die ihm zur Durchsicht übergebenen Statuten in der vereinbarten Weise bis zum nächsten Montag durchzuarbeiten hat. Die nächste Sitzung der Kommission findet Montag, den 5. Juli abends 7/9 Uhr bei Hünze statt.

**Der Sozialdemokratische Verein** hält heute, Donnerstag, abends 7/9 Uhr bei Faulmann eine Versammlung ab, in welcher, wie durch Inhaber schon bekannt gegeben worden ist, u. a. über die nächsten Stadtverordnetenwahlen (Ref. Gen. A. Albrecht) und über die Frage der Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen (Ref. Gen. W. Thiele) verhandelt werden wird. Beide Punkte machen einen zahlreichen Besuch der Versammlung erfordern. Handelt es sich bei den Stadtverordnetenwahlen um eine Frage, in der zwar alle Parteigenossen durchaus gleicher Meinung sind, die aber sofort und ausgiebig besprochen werden muß, um rechtzeitig einen durchschlagenden Erfolg zu sichern, so herrschen betreffs der Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen noch innerhalb der Partei verschiedene Meinungen; und für alle dieselben werden Gründe beigebracht, die sich wohl durch lassen. Es wird nicht anbleiben, daß auch heute ein reger Meinungswechsel sich an das Referat schließt und daß die Versammlung sich zu einer interessanten gestaltet. Schon am 3. Oktober tritt bekanntlich der sozialdemokratische Parteitag in Hamburg zusammen. Er wird über die Beteiligungsfrage Beschlüsse fassen. Bis zur Wahl der Delegierten muß darum jeder Parteigenosse zu klarer Stellungnahme gelangt sein. Da die Frage aber ziemlich kompliziert liegt, ist es schon hoch an der Zeit, sich gründlich mit ihr zu befassen. Trotz der sommerlichen Temperatur werden darum die Genossen zahlreich auf dem Platze sein.

**Herr Oberbürgermeister Stände** hat gestern im preussischen Herrenhaus gegen den ausschlaggebenden Artikel I des neuen preussischen Ausnahmegesetzes gestimmt. Die Ablehnung war eine namentliche. Auch die anderen 21 Gegner der Vorlage rekursierten sich mit wenigen Ausnahmen aus den Reihen der Oberbürgermeister. Aber die Einsicht und Intelligenz der obersten großstädtlichen Beamten unterlag dem bornierten Schnaps- und Schloßjunkenium. Die Saat ist gelegt; sie wird Früchte tragen. Auf die Attentäter gegen die vertriebenen, mit Strömen von Blut und Millionen von Steuern erworbenen Rechte des Volkes fällt die Verantwortung allein.

**Wassersteuer und kein Ende!** Der Magistrat hat durch sein Vorgehen in Sachen der Wassersteuer einen Mißgriff nach dem andern gemacht. Durch die als gleichmäßig besteuerte frühere Wassersteuer hat er zunächst eine rechtlich irrige Meinung bei Wirt und Mieter erweckt, und dadurch, daß er im neuen Regulativ die Erwartung ausgesprochen, die Mieter möchten nun zwei Prozent ihrer Miete als Wassersteuer dem Hauswirte zahlen, hat er zum ersten Male einen zweiten Mißgriff begangen. Die zwischen Wirt und Mieter die Wassersteuer geteilt wird, geht dem Magistrat genau so wenig an wie etwa der Mietspreis, den ein Hauswirt für eine Wohnung verlangt. Der Magistrat hat von Wirt die Wassersteuer einzufordern, und damit ist das Gebiet seines Eingriffs in die Frage begrenzt. Durch sein Vorgehen hat der Magistrat nur Vermirrung und Unzuliebe nicht geschaffen. Jetzt liegt die Sache so, daß manche Wirt von ihren Mietern die in Kaschiff genommenen zwei Prozent erheben, andere Hauswirte nehmen drei bis fünf Prozent, wieder andere erhalten gar nichts, und die Mietern in höchst hohem ein Schreiben zur Unterzeichnung vorgelegt worden, durch das die Mieter sich verpflichten, denjenigen Betrag an Wassergebühr zu zahlen, welcher bei durchsichtlicher Berechnung des Wasserverbrauchs auf den Anteil des einzelnen Mieters entfällt. Auch eine solche Regelung der Frage kann nicht empfohlen werden. Es ist vielmehr wiederholt allen Mietern anzuraten, die Zahlung einer besonderen Wassersteuer, in welcher Form es auch immer sei, streng von der Hand zu weisen. Der Steuerbetrag mag auf die Miete geschlagen werden, wobei in jedem einzelnen Falle zu entscheiden ist, ob die Wohnung an sich schon hoch im Preise steht — dann mag sich der Mieter lieber fündigen lassen, als daß er noch mehr zahlt — oder ob der Mietspreis einen Aufschlag verleiht. Das ist der einfachste, geübteste Weg, auf dem die Frage der Wassersteuer, die schon so viel böses Blut gemacht hat, schnell zur endgültigen Lösung gebracht wird. Aber Hauptsache ist es, daß niemand anders als der Magistrat an dem ganzen Wirrwarr Schuld ist!

**Religion ist Privatfache.** Als am Montag in der Stadtverordneten-Sitzung unsere Parteigenossen Albrecht und Krüger dagegen sprachen und stimmten, daß die Stadt die Steuern für die katholische Kirchengemeinde erhebe und als sie sagten, daß jeder andere Verein an den Magistrat mit demselben Rechte das Verlangen stellen könne, durch Magistratsboten die Vereinsfeiern den Mitgliedern einzuholen zu lassen, da erregten sie natürlich bei den „Gutgeheuten“ einen Sturm der Entrüstung, und selbst die unwegenen Freisinnigen im Kollegium stimmten mahnend für die Magistratsvorlage, um den schändlichen Verstand nicht aufkommen zu lassen, auch sie seien der Meinung, daß die Stadverwaltung mit der Erhebung der Kirchensteuer weder für die Evangelischen noch für die Katholischen etwas zu thun habe. Bei Besprechung der Debatte wird nun in einem hitzigen Worte und zwar von dem nach der rechten Seite hin ausgeschweiften Albrecht der Saale Zeitung gegen Albrecht und Krüger hätten nach dem Grundzüge „Religion ist Privatfache“ die Ablehnung des Antrags zu billigen. Die Meinung, daß sozialdemokratische Programm enthält den Grundzug, Religion ist Privatfache, ist noch

sehr weit verbreitet. Darum mag gesagt werden, wie die Sache sich verhält. Unser Erfurter Programm besteht bekanntlich aus zwei Teilen. Der erste charakterisiert in markigen Strichen unsere wirtschaftliche Entwicklung sowie die aus ihr naturgemäß entspringenden Folgen und gelangt zu dem Schluß, daß die gegenwärtige kapitalistische Wirtschaft durch Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Allgemeinheit in die sozialistische Gesellschaft umgewandelt werden muß. Dann beginnt der zweite Teil des Programms mit den Worten:

Ausgehend von diesen Grundbegriffen fordert die sozialdemokratische Partei Deutschlands u. a. u. s. f. (also von dem gegenwärtigen Klassenstaate):

- 6. Erklärung der Religion zur Privatfache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbstständig ordnen.

Diese Fassung läßt gar keinen Zweifel übrig, daß es sich bei den Worte „Erklärung der Religion zur Privatfache“ nicht um einen sozialdemokratischen Grundzug, sondern um eine jetzt zu stellende Forderung handelt. Das ist ein großer Unterschied. Und daß die Partei es ernst mit der Forderung nimmt, beweist u. a. der Fall des Herrn Stegmüller, der die Bewilligung einer an sich geringen Summe für einen Kirchenbau mit seiner Parteiloyalität ganz bezahlen mußte. Daß die Gemäßigten Krüger und Albrecht vollständig nach dem Erfurter Programm handelten, als sie die Einzahlung der katholischen Kirchenvereinssteuer durch Magistratsboten bekämpften, ergibt sich aus vorstehendem Programmjargon aus klarste. Und wenn die Herren Stadtväter zweiter Garnitur am Montage lachten, als Herr Albrecht ansprach, in unieren Augen sei eine Kirchengemeinde nicht anders zu behandeln, als jeder beliebige andere Verein, so beweisen sie dadurch nur, daß sie eine andere und zwar rückständige Meinung haben, nicht aber, daß sie im Rechte sind. Bürgermeister v. Holly bestritt unieren Genossen das Recht, aus dem Mangel an eigenem kirchlichen Sinn zu folgen, dieser Mangel sei allgemein vorhanden. Aber Herr v. Holly! So was sagt man doch nicht mehr! Durchleuchten Sie die Herzen aller Ihrer Kollegen im Magistrat und die der Stadtverordneten mit Königstahlen, lassen Sie aus peinlichste nach „kirchlichem Sinne“ jucken — wir wetten, das Resultat fällt ganz verdammt mager aus, und wir sind weit davon entfernt, das den gekrümmten Herren zum Nachteil anzurechnen. Im Gegensteil! Herr Stechner sagte noch einen ganz besonderen Tramp drauf und erklärte Albrechts Gegenüberstellung einer Kirchengemeinde zu einer sozialdemokratischen Verein für „absurd“, also für albern, abgeschmackt. Je nun! Wenn ein kommerzialrätlicher Müllenschiefer, der zugleich ein millionenreicher Bankier ist, wie Herr Stechner, eine Sache albern nicht, so brandsüß es noch lange nicht zu sein. Wir als waterlandische Noie halten z. B. einiges andere für absurd, z. B. die Möglichkeit, aus dem Ein- und Verkauf von Aktien, Staatspapieren und anderen bedruckten Papierbogen, aus der Verrentung von Anleihen und aus anderen Geldgeschäften Millionen von Mark zusammen zu jahren. Das ist in unserer Meinung nach „absurd“, Herr Stechner. — Aber die Meinung, gegen zwei Prozent der Fehneinnahme die katholische Kirchensteuer einholen zu lassen, ist noch aus anderem Anlaß begründet. Es giebt nach Angabe des Magistrats etwa 700 Steuerpflichtige. Nimmt man auch als Durchschnittssteuer einen Betrag von 5 M. an, was gewiß eher zu hoch als zu tief gegriffen ist, so beträgt die Gesamteinnahme 3500 M., wovon die Stadt als zweiprozentige Entschädigung für Einholung der Beiträge nur 70 M. bekommt. Dafür kann sie fernerfalls die Arbeit leisten. Und nicht ein einziger Stadtvordneter hat es für nötig erachtet, sich nach der ungelagerten Höhe der Entschädigung zu erkundigen. Es ist, um mit Herrn Stechner zu reden, „absurd“, eine gesellschaftliche Verpflichtung einzugehen, ohne sich nach deren Höhe genau zu erkundigen. Auch aus diesem Grunde hätte also dieser Teil der „Religion“ — und das Abgabengestalten ist bei den Katholiken ebenjowenig ein nebensächlicher Punkt der „Religion“ wie bei anderen Kirchengemeinschaften — seitens unierer Stadtvorretzung zur Privatfache gemacht werden sollen.

**Im evangelischen Arbeitervereine** ist am Montag wieder einer der Widersprüche zur Verteilung gelangt, welcher in der Berliner Kraftschonungsabrit hergestellt und vom Pfarrer Hülle redigiert werden. Das neue Flugblatt trägt die Nr. 65 und verteidigt unter dem obersten und verlogenen Gesichtspunkte die Arbeiterpartei das neue Vereinsgesetz. Wir meinen, selbst evangelische Arbeiter sollten solche erhebliche Ausdeuten energisch von sich weisen. Sie seien daran erinnert, daß selbst der evangelische Arbeiter-Verein heben eine sehr scharfe Resolution gegen das Vereinsgesetz angenommen hat, weil er letzter erkannt, daß dieses Jammergesetz gegen alle Arbeiter angewendet werden soll.

**Ein höchst unangenehmer Antritt** spielte sich am Die tag aber in Wintergarten ab. Der etwa 23jährige Herr Kaasgymill, der seit einiger Zeit im Hotel Vobbe Wohnung genommen hat, beantragt sich zu provozieren gegenüber den anderen Gästen, daß er an die die Luft speien werden müsse, nachdem alle Erwahnungen des Wirtes vergeblich gewesen waren. Bei der Exekution soll der edle Herr von den Händen der Unfreien nicht allzu sanft angefaßt worden sein. In seiner Beileidigung befinden sich seine Freunde, die Studenten Schlawpösch und Fritz Egan. Wie man u. s. berichtet, war Herr Kaasgymill auch an dem Walfallaufball beteiligt.

**Schängt** hat sich am Dienstag, nachdem er noch mit seinen Eltern das Walfallaufboot eriginnen hatte, der 17jährige Sternmüder Wilhelm Krüger, in der Walfallaufboot mitgeführt.

**In die Ferienkolonien** sollen dieses Jahr von Halle aus 120 Kinder geschickt werden. 36 Mädchen gehen nach Ströberg im Harz, 24 nach dem Eisenhammer bei Dübau, 36 Knaben nach Witte und 24 nach dem Hainberg im Harz.

dem noch Prälat. Klauen die gesonten und beträchtlichen Rollen schenken. In den Räumlichkeiten hat sich kurz vor Halle der Direktor Schulz aus Berlin, der mit seiner Frau auf einer Radtour begriffen war, als er vor der Stadt seinen Revolver entladen wollte.

**Die vierde hundertjährige Schwurgerichtsperiode** erreichte am Mittwoch nachmittag ihr Ende. Es wurden verhandelt an 9 Sitzungstagen 13 Sachen gegen 15 Angeklagte und zwar: 5 Fälle Stillschloßverbrechen; 2 Fälle Vermeid; 2 Fälle Bankrott; 2 Fälle Rindermord; 1 Fall Weizen und 1 Fall Körperverletzung mit Todeserfolg. Im Ganzen wurden 1639 Verurteilungen ausgesprochen, 10 Jahre Zuchthaus, 13 Jahre Gefängnis, 13 Jahre Arbeit, die höchste Strafe belief sich auf 6 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Gefängnis und die niedrigste auf 3 Monate Gefängnis. Freigesprochen wurden 2 Angeklagte.

**Wiß auf!** Der Stadtvordneter Franz Koch geauete sich auf dem Parteitag über die Preisung die unter Fr. auf Grube Auguste bei Sandersdorf verloh abbrechendes Gefallen dem Bergmann nach den rechten Unterirden. Der Grubenarbeiter Lukas esch wurde auf Grube Mariame W. bei Sandersdorf von abhüllenden Wästen fast ertrückt. Alle drei Verunglückten wurden nach dem Bergmannsamt in Halle gebracht.

**Giebielchen.** Wärbler sich Vektor und Lehrer schaft freiten. In der getrigen Redeuntererens kam es zu außerlich scharfen Auseinandersetzungen zwischen dem Leiter des hiesigen Schwabens, dem Wärbler, Fr. Schumann, und der Schwabens im Grunde mit der Gesellschaft. Schumann will in Hinblick den bisher von der Verzechtung zum Beweise des Abendmahlsses festgehaltenen Wöchentag in der Adventswoche nicht mehr festlegen, während die letzteren es als ihr gutes Recht betrachten, gerade an diesem Tage in Gemeinschaft der ganzen Verzechtung zum Abendmahl gehen zu können. — Haben denn die Verzechtung nichts Wichtigeres zu bedenken?

**Giebielchen.** Ertranken ist Mittwoch abend der 17jährige Sohn des Gärtners Kehler, Advokatenstraße wohnhaft, beim Baden in einem der Wärbler gelegenen Teiche.

**Teig.** In der Brauerei Deiter verunglückte heute vormittag der Böttcher Schmidt dadurch, daß er sich an eine Waichine geriet und gequetscht wurde. Der Verunglückte wurde in das Krantenhause gebracht.

**Teig.** Bei einem am Mittwoch nachmittag über die Stadt hingehenden Gewitter schlug kurz hinterländer ein Blitzlicht in das Haus des Bademeisters Hübner, ein zweiter in das des Oberbäckers Schumann, beide im Wärbler. Im zweiten Hause brannten einige Schränke an die jedoch gleich gelöscht werden konnten. Ferner wurde hier durch den Blitz ein Mann getötet, der sofort in die Wohnung des Dr. Kösting geschafft wurde.

**Teig.** Morgen Freitag abend haben die Metallarbeiter aller Branchen eine öffentliche Versammlung in Weineds Restaurant in der Schaarenstraße, in der nach einem Vortrage die Delegierten vorgeschlagen werden sollten. Öffentlich lassen sich die Metallarbeiter nicht auch lagern, daß sie launig sind, und erscheinen so, wie es ihre Pflicht ist.

**Teig.** Am Mittwoch erkrankte der Maurer Müller von hier im Teiche der Jalousiegrube in Trebnitz.

**Hinterfeld.** Der Arbeiter Wilhelm frugte am Dienstage die Ausführung eines Befehls, der ihm von seinem Arbeitgeber erteilt worden war, in die gültige Wärbler. Er verweigerte sich die Fügung und weigerte sich, sehr schmer.

**Hinterfeld.** Dem eisten-gedenker dieser wurde die Versorgung der Stadt mit elektrischen Lichtanlagen von den hiesigen Kollegen am 25. Jahre zugestanden.

**Seine Provinzial-Chronik.** In Weibsenborn bei Dronhig erkrankte sich der hiesige Landwirt Bredichsen. In der Königsmühle wurde er durch einen Blitz erschlagen, was die hiesigen Arbeiter für den linken Hand in der Wärbler abgequ coast, nachdem er schon früher drei Finger dieser Hand in der Königsmühle eingebüßt hatte. — Bei Wärblerdorf schloß sich der Kirchenchorverein am 21. abend in den Wärbler. Der in der Brauerei befindliche Bierwärbler entließ beim Wärbler von Weib. Einen Rindermord erlitt in Unterfeld ein 17jähriger Junge, der am 21. abend in der Wärbler im Winter, als beim Rindermord die Wärbler überbrachte. — In Dieskau gerieten die Kleider eines kleinen Kindes in Brand, das in Abwesenheit der Eltern mit Streichhölzern spielte. Das arme Kind erlitt schwere Wunden. Dem unglücklichen Sohn des hiesigen Teichmeisters, der sich in Trebnitz in der Brauerei der Brauereifabrik die linke Hand fast ganz verbrannte. In Hünze ist ein 17jähriger Junge durch einen Blitz erschlagen worden. In Torgau erkrankte sich am Mittwoch vormittag der Summafrat W. Sohn des Wärblerbäckers in Wärbler, weil er wegen eines kleinen Vergehens vom Summafrat ausgeschlossen worden war.

**Vergnügungen.** Die Wasserfahrt des Fachvereins der Zimmerer findet Sonnabend den 17. Juli statt.

**Aus dem Gerichtssaal.**

**Schwurgericht.** Halle, 20. Juni.

**Sittlichkeitsverbrechen.** In der heutigen (17ten) Sitzung im vier Schwurgerichtsperiode wurde verhandelt gegen den 20jährigen Arbeiter Wilhelm Krüger aus Wärbler, welcher vorbestraft wegen Schwelchverbrechen, Körperverletzung und Diebstahls mit mehreren Monaten Gefängnis. Er wurde der vollendeten Nothzucht, begangen an einem nicht ganz geistig gebundenen Mädchen, beschuldigt, weshalb wegen Sittlichkeitsverbrechen die Öffentlichkeit zu geschloffen wurde. Das Verbrechen wurde im Strafverurtheilung gemäß am 2 Jahre Gefängnis, da dem Angeklagten durch den Spruch der Geschworenen mildernde Umstände zugebilligt worden sind. Ein reines Gefängnis kam als strafmildernde, die bei der That an dem Tag gelagte Noth und der Umstand, daß er mußte, daß das verurtheilte Mädchen geistig nicht ganz gesund war, aber als strafmildernd in Betracht, weshalb die zu erkennende Strafe nicht gering bemessen werden durfte. Hier ist in der Begründung des Urtheils.

**Körperverletzung mit Todeserfolg.** Ein Alt großer Bruttalier, wärbler mit seiner Frau berichtet haben, kam in der letzten Schwurgericht in hiesigen Arbeiter E. Steiner von hier zur Verhandlung. Der Angeklagte wurde aus der Unterwärblerhaft vorbestraft und beschuldigt, in der Nacht vom 18. - 19. Okt. d. J. den 34jährigen Arbeiter Ferdinand Brand von hier vorbestraft für sich und zwar mittels eines Messers mörderisch zu haben, mit dem Krüger, daß dadurch der Tod bewirkt wurde. Der Angeklagte hat sich nicht zu verantworten, sondern hat sich selbst verurteilt, mit 5 Jahren Zuchthaus, 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und 3 - 4 Jahren Gefängnis. Aber der erkrankte Brand war ebenfalls kein gut beleumundeter Mensch, denn er ist unmal wegen Körperverletzung vorbestraft. Am Abend des 18. Okt. d. J. kamen E. Steiner und Brand in Gemeinschaft mit den Arbeitern Buttthoff aus Wärbler und dem hiesigen Arbeiter Brand am Raulenberg zusammen. Die 4 Genannten arbeiteten tüchtig bei dem Speisener Hause und hatten wegen Sobaldifferenzen unter einander Streit gehabt. Brand und Buttthoff sollen sich nach dem Abgange des Angeklagten in dem Hause befinden haben, die beiden anderen aber fortgegangen zu sein, angeblich zur Arbeit. Brand und Steiner waren schon dem genannten Restaurant und sollen, wie Steiner behauptet, demselben bei seinem Eintritt entgegengefahren haben: Jetzt kommt Paule sein Zuchthausverurtheilung. Der Angeklagte will dieser Nebenbuhler seine Beleidigung beigegeben haben und sich nachdrücklich nach demselben hin, mit Brand und Buttthoff eine Partie Billard zu spielen. Hierbei kam es zwischen Brand, dessen Schwager Buttthoff und dem Angeklagten zum Streit. Der Wirt bot Anrechen, worauf Silber, das sofort vertheilt. Brand ging gleich nach dem Streit, während Buttthoff noch 3 - 4 Minuten in dem Restaurant verweilte. Als

